

es um den Schutz von geheimen Informationen bezüglich der Außen- und Verteidigungspolitik, der Spionageabwehr und Anti-Terror-Maßnahmen, heißt es. Mit 10 Jahren Haft wird bedroht, wer solche Informationen weitergibt und mit 5 Jahren Haft, wer die Weitergabe begünstigt. Davon sind auch Journalisten betroffen, die Informanten dazu anhalten, Informationen weiterzugeben. Bisher droht Whistleblowern höchstens ein Jahr Haft.

Wie es heißt, setzte der kleinere Koalitionspartner von Abes Liberaldemokraten, die buddhistische Partei Komeito, zwar einen Passus durch, demzufolge dem Recht der Bürger auf Information Rechnung getragen werden soll, bindend sei diese Bestimmung jedoch nicht.

Betroffen von dem Gesetz sind nicht nur militärische Informationen, sondern auch Informationen über die Pannen auf dem Gelände der havarierten Atomreaktoren von Fukushima Daiichi sowie der Höhe und Auswirkungen der radioaktiven Belastungen auf die Bevölkerung, fürchten Kritiker. Denn auch dies könne „Fragen der nationalen Sicherheit“ berühren.

Eine Untersuchungskommission des japanischen Parlaments hatte festgestellt, daß die engen Verbindungen zwischen Aufsichtsbehörden und Atomindustrie einer der Gründe dafür gewesen seien, daß sich die Katastrophe von Fukushima Daiichi überhaupt ereignen können. Behörden und Betreibergesellschaft versuchen bis heute, Pannen eher zu vertuschen, behördliche Strahlenmessungen sind vielfach falsch und die Bürger werden mit Desinformation und Durchhalteparolen überzogen (Strahlentelex hatte ausführlich berichtet<sup>7</sup>).

Die Pläne der Regierung werden in Japan auch vor dem Hintergrund gesehen, daß einflußreiche Kreise der nationalkonservativen Liberaldemokraten planen, im Zuge einer Verfassungsreform die Freiheitsrechte der Bürger ge-

### Folgen von Fukushima

## UN-Komitee verharmlost Fukushima-Unfall

### Kritik an Filz zwischen den Vereinten Nationen (UN) und der Atomindustrie

Ärzte bezweifeln die Einschätzung des wissenschaftlichen Komitees der Vereinten Nationen für die Wirkungen der Atomstrahlung (UNSCEAR), daß der Atomunfall von Fukushima keine direkten Gesundheitsschäden bewirken werde. Der Bericht des UN-Komitees gehe von mehreren falschen Annahmen aus, sagte der Arzt Dr. Alex Rosen von der deutschen Sektion der internationalen Ärztevereinigung IPPNW in einer Sendung des Fernsehsenders 3sat.nano am 1. Oktober 2013: „Sie behaupten zum Beispiel, daß das ungeborene Kind eine ähnlich hohe Strahlenempfindlichkeit hat wie ein Kleinkind, das läuft jeder strahlenbiologischen Erkenntnis zuwider. Natürlich haben Föten eine viel höhere Strahlensensibilität, ihr Gewebe, ihre Zellen teilen sich viel schneller und sind deswegen viel empfänglicher für Strahlung und für Mutation.“

Auch der Greifswalder Epidemiologe Professor Dr. med. Wolfgang Hoffmann teilt die Zweifel an dem UN-Bericht: „Jetzt Prognosen zu machen über die Zukunft ist unseriös, insbesondere wenn da drin steht daß es kein Risiko geben wird. Das ist sicherlich nicht der Fall, es wird mit Sicherheit eine erhöhte Krebsrate geben.“

Der Grund für die Verharm-

genüber dem Staat einzuschränken. Das geplante Gesetz füge sich nahtlos in das autoritäre Denken ein: „Es scheint, der japanische Staat entwickelt sich in die Zeit des Militarismus zurück.“ ●

losung des Unfalls wird in der Verflechtung zwischen UNSCEAR und Atomindustrie gesehen. „Im UNSCEAR sitzen vermehrt Wissenschaftler, die eine Karriere haben in den Atomenergiebehörden der unterschiedlichen Staaten, in Atomregulierungsbehörden, bei der IAEA, einer Organisation die es sich auf die Fahnen schreibt, weltweit die Atomenergie zu fördern, oder sogar in Atomkraftfirmen, die Atomkraftwerke bauen und betreiben“, so Rosen. Auch gebe es einen "Knebelvertrag" zwischen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO): Die WHO habe keine eigene Abteilung, die die gesundheitlichen Folgen von Radioaktivität erforscht. Sie sei auf die Daten der Atomenergiebehörde angewiesen.

Das UN-Komitee hatte im Mai 2013 vorab verkündet, als direkte Folge des Atomunfalls von Fukushima würden weder Menschen sterben noch vermehrt an Krebs erkranken. Die sei vor allem auf die schnelle Evakuierung des Gebiets durch die japanischen Behörden zurückzuführen, zitiert der Fernsehsender den derzeitigen UNSCEAR-Vorsitzenden Wolfgang Weiss. Die Veröffentlichung des Abschlußberichts ist inzwischen für Januar 2014 angekündigt.

Strahlentelex hatte bereits in der Ausgabe vom 1. August 2013 über den Protest schockierter UNSCEAR-Mitglieder aus Belgien berichtet.<sup>8</sup> Man gehe sogar noch hinter die Lehren aus Tschernobyl und anderen Studien zurück.

Nach Einschätzung der UN-Wissenschaftler leiden die Menschen eher psychisch und sozial, etwa unter der Evakuierung oder einer Stigmatisierung, nicht aber gesundheitlich durch die Strahlenbelastung. „Die Erfahrung von Tschernobyl hat uns gezeigt, daß neben einer möglichen direkten Auswirkung auf die Physis, die sozialen Folgen mit den einhergehenden Gesundheitseffekten in der betroffenen Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit brauchen“, hatte der damalige UNSCEAR-Chef Carl-Magnus Larsson seinerzeit erklärt, zitierte 3sat.nano.

„Wir sehen statistisch keine direkten Risiken oder Gesundheitsfolgen“, erklärte Weiss jetzt in der Fernsehsendung. Nach der Katastrophe habe die zusätzliche Strahlenbelastung durch den Unfall für die meisten Japaner unter der natürlichen Umgebungsstrahlung gelegen. Man gehe auch nicht davon aus, daß man künftig Krebserkrankungen auf den Unfall zurückführen könne. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl sei die Strahlenbelastung deutlich höher gewesen.

Allerdings wollte Weiss nicht völlig ausschließen, daß einzelne Personen Krebs wegen einer zu hohen Strahlendosis bekommen könnten: „Wir können nicht die Gesundheit von 60.000 Menschen individuell ein Leben lang verfolgen.“ Doch statistisch erhöhe sich die Rate nach den Untersuchungen nicht, meinte Weiss.

Der Großteil der Daten stammt von japanischen Be-

<sup>7</sup>[www.strahlentelex.de/Stx\\_12\\_622-623\\_S01-09.pdf](http://www.strahlentelex.de/Stx_12_622-623_S01-09.pdf)

<sup>8</sup>[www.strahlentelex.de/Stx\\_13\\_624-625\\_S01-03.pdf](http://www.strahlentelex.de/Stx_13_624-625_S01-03.pdf)

<sup>8</sup>[www.strahlentelex.de/Stx\\_13\\_624-625\\_S01-03.pdf](http://www.strahlentelex.de/Stx_13_624-625_S01-03.pdf)

hören, aber auch die USA, die WHO oder die IAEA hätten Informationen beigetragen. Die Aussagen des UN-Berichts basierten hauptsächlich auf Rechenmodellen, Messungen in der Umwelt und teilweise Untersuchungen der Menschen. „Das heißt nicht, daß wir alles haben was wir gerne hätten“, so Weiss. In Tschernobyl hätten sich manche Auswirkungen erst fünf Jahre nach dem Unfall gezeigt. Strahlentelex hatte bereits über die falschen Strahlenmessungen im japanischen behördlichen Umweltmonitoring und Manipulationen bei den Dosismessungen der Katastrophenhelfer berichtet.<sup>9</sup>

Zur generellen Aussagekraft von Untersuchungen zur Auswirkung von Radioaktivität auf den Menschen sagte Weiss: „Wir haben uns 50 Jahre damit befaßt, aber das heißt nicht, daß wir alles wissen. Das gilt sowohl für ganz hohe Strahlenexpositionen wie auch den niedrigen Dosisbereich.“ Umstritten sei etwa, ob man bei niedrigen Dosen überhaupt von einem Effekt auf das Krebsrisiko sprechen könne: „Da ist die Position der UNSCEAR ganz klar – daß das eben nicht geht.“ Es sei wissenschaftlich nicht haltbar, einen Krebs, der 30 oder 40 Jahre später auf trete, mit einer lange zurückliegenden niedrigen Strahlenbelastung begründen zu wollen.

**Kommentar:** Nachdem der deutsche Beamte Dr. Wolfgang Weiss Vorsitzender des UNSCEAR geworden ist, fällt er nun durch törichte Verlautbarungen und falsche Sachaussagen auf. Zuvor hatte er sich als Leiter des Fachbereichs Strahlenschutz und Gesundheit beim deutschen Bundesamt für Strahlenschutz nicht unbedeutende Verdienste um die Durchführung der

2007 veröffentlichten epidemiologischen Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken (KiKK-Studie) erworben. Man muß deshalb davon ausgehen, daß er die wirklichen Zusammenhänge und die Wahrheit kennt. Weiss rechtfertigt jetzt mit seinen Einlassungen Forderungen nach einer Abschaffung des UNSCEAR. Th.D.

[www.3sat.de/page/?source=/nano/umwelt/172409/index.html](http://www.3sat.de/page/?source=/nano/umwelt/172409/index.html)

Der vollständige englischsprachige IPPNW-Kommentar zum UNSCEAR-Bericht kann heruntergeladen werden von:

[http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Ausfuhrlicher\\_Kommentar\\_zum\\_UNSCEAR\\_Fukushima\\_Bericht\\_2013\\_Englisch.pdf](http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Ausfuhrlicher_Kommentar_zum_UNSCEAR_Fukushima_Bericht_2013_Englisch.pdf)

Der UNSCEAR-Bericht ist zu finden unter <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/V13/857/27/PDF/V1385727.pdf?OpenElement>

Vergl. auch: Annette Hack: Menschenrechte vor ALARA: Der Bericht von Anand Grover für den Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen, Strahlentelex 636-637 v. 4.7.2013, [www.strahlentelex.de/Stx\\_13\\_636-637\\_S01-05.pdf](http://www.strahlentelex.de/Stx_13_636-637_S01-05.pdf). ●

## Tschernobyl-Folgen

### Virtuelle Schweinejagd

#### Computersimulation statt Messungen: Neues Programm zur Abschätzung des Radiocäsiumgehalts von Wildschweinen

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) schläft nicht. Im Vorhaben „Bundesweiter Überblick über die Radiocäsiumkontamination von Wildschweinen“ des BfS wurden von U. Fielitz und K. Richter die bundesdeutschen Messungen zur Radiocäsiumkontamination von Wildschweinen sowie die kontaminationsbestimmenden Einflußfaktoren recherchiert und in ein Geographisches Informationssystem (GIS) zur ortsbezogenen Weiterverarbeitung überführt. Das wird in einem am 24. Oktober 2013 veröffentlichten Ressortforschungsbericht des BfS erklärt. Es wurde ein radioökologisches Modell (Eco Wild) entwickelt, mit dem die zu erwartende Radiocäsiumkontamination von Wildschweinen für beliebige Orte und Zeitpunkte berechnet und grafisch dargestellt werden kann. Das Rechenmodell berücksichtigt die räumlich variierende Cs-137-Kontamination der Nahrung von Wildschweinen in Abhängigkeit vom betrachteten Ort und den lokalen Ökosystemen (Wald,

Ackerfläche, Grünland), wird berichtet. Von den sieben verwendeten Nahrungskategorien komme den Hirschtrüfeln eine besondere Bedeutung zu, heißt es. Sie seien zwar für den menschlichen Verzehr nicht geeignet, könnten jedoch zu mehr als drei Viertel zur Radiocäsiumaufnahme von Wildschweinen beitragen. Die Validierung der Modellprognosen mit realen Meßwerten aus fünf Untersuchungsgebieten zeige eine gute Übereinstimmung der Daten, „wenn die Erlegungsorte der Wildschweine für das jeweilige Gebiet repräsentativ waren“. Die Ergebnisse des Vorhabens würden einen bundesweiten Überblick über die Radiocäsiumkontamination von Wildschweinen schaffen und es ermöglichen, die potentielle Strahlenexposition der Bevölkerung durch den Verzehr kontaminierter Wildbrets abzuschätzen. Damit werde die Voraussetzung geschaffen, die Empfehlungen der EU-Kommission (2003/274/EC) zum Schutz und zur Information der Bevölkerung

bei kontaminierten Waldprodukten umzusetzen, heißt es. Die recherchierten Daten würden es auch ermöglichen, gemäß den Anforderungen des Umweltinformationsgesetzes (UIG) die Öffentlichkeit in angemessenem Umfang aktiv und systematisch über die Umwelt zu unterrichten (§ 10 UIG).

U. Fielitz, K. Richter: Bundesweiter Überblick über die Radiocäsiumkontamination von Wildschweinen - Vorhaben 3607S045 61, BfS-RESFOR-86/13, 24.10.2013, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0221-2013102411098> ●

## Atom-Transporte

### Schiffsunfall mit Atom-Transporter vor Rügen

Ein russischer Frachter, der vor der Küste Rügens in der Nacht zum 18. Oktober 2013 mit einer Segelyacht kollidiert war, hatte radioaktives Material geladen. Nach Recherchen des NDR Politikmagazins „Panorama 3“ (Sendung Dienstag, 22. Oktober, 21.15 Uhr, NDR Fernsehen) handelte es sich dabei um radioaktives Gefahrgut der Klasse 7. Dazu gehören unter anderem Uranhexafluorid und Urandioxid.

Das 100 Meter lange Frachtschiff „Mikhail Lomonosov“ aus St. Petersburg hatte die 15 Meter lange Segelyacht eines britischen Skippers gerammt. Die Yacht wurde schwer beschädigt und mußte mit Hilfe eines Seenotrettungskreuzers der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in den Hafen von Glowe auf Rügen geschleppt werden. Die Kollision hatte bei der Yacht einen Mastbruch und einen Motorschaden verursacht.

Im Gespräch mit „Panorama 3“ berichtete der Kapitän der Segelyacht, daß der russische

<sup>9</sup>[www.strahlentelex.de/Stx\\_13\\_624-625\\_S01-03.pdf](http://www.strahlentelex.de/Stx_13_624-625_S01-03.pdf)  
[www.strahlentelex.de/Stx\\_12\\_614\\_S01-02.pdf](http://www.strahlentelex.de/Stx_12_614_S01-02.pdf)